

# Geld ohne Arbeit

Pläne der Bundesregierung, das Ruhegehalt für politische Beamte ab 2012 um mehrere hundert Euro im Monat zu erhöhen, stoßen auf Kritik. Bei der Berechnung der Altersbezüge können danach bis zu drei zusätzliche, fiktive Dienstjahre mitgezählt werden, was bei Staatssekretären um die 600 Euro monatlich mehr ausmachen würde. Eine ähnliche Regelung hatte schon früher einmal bestanden, war aber 1998 als unangemessene Begünstigung gestrichen worden. „Statt die Überversorgung politischer Beamter weiter abzubauen, wird nun im Schnellverfahren nochmals ein ordentlicher Batzen draufgesattelt“, rügt der Speyrer Verwaltungsrechtsprofessor Hans Herbert von Arnim. Offenbar fürchte die Regierungskoalition, bald auseinanderzubrechen, und wolle so „schnell die politischen Beamten aus dem eigenen Lager zusätzlich finanziell absichern“. Politische Beamte sind etwa Staatssekretäre und Ministerialdirektoren, aber auch Behördenleiter wie der Generalbundesanwalt.